

# Schweden

Markus Johansson / Daniel Naurin<sup>1</sup>

Während 2009 die politische Tagesordnung Schwedens mit den Europawahlen und der schwedischen EU-Präsidentschaft von der EU-Politik dominiert wurde, standen 2010 und 2011 eher innenpolitische Angelegenheiten auf der Agenda. Im September 2010 fanden die nationalen Wahlen statt, so dass dem innenpolitischen Geschehen – insbesondere der Parteienpolitik – in den darauffolgenden Monaten das eigentliche Interesse galt. Bereits in den Wahlkampagnen der einzelnen Parteien spielte, wie bereits in den Jahrzehnten zuvor, die Europapolitik kaum eine Rolle. Für eine der schwedischen Tageszeitungen war der europäische Integrationsprozess sogar „das vergessene Thema“ der Wahlen.<sup>2</sup>

Von großem medialen Interesse waren weiterhin die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise, insbesondere auch wegen der weiter bestehenden Schwierigkeiten des schwedischen Automobilherstellers Saab. Ebenfalls häuften sich Nachrichten über die Krise in der Eurozone, besonders regelmäßig wurde über die Verhandlungen zu den Rettungspaketen für Griechenland berichtet. Große Aufmerksamkeit wurde auch den Revolutionen des so genannten arabischen Frühlings an den Grenzen Europas und der Beteiligung Schwedens an den Militäroperationen in Libyen zuteil.

## Die Wahlen in Schweden und die schwedische Parteipolitik

Am 19. September 2010 fanden in Schweden Wahlen statt, bei denen sich die zwei rivalisierenden politischen Lager des Landes gegenüberstanden. Das seit 2006 regierende bürgerliche Bündnis, die Allianz für Schweden – bestehend aus der Moderaten Partei, der Liberalen Partei, der Zentrums- und der Christdemokraten –, wurde herausgefordert von einem neu gebildeten Rotgrünen Bündnis, in dem sich die Sozialdemokratische Partei, die Grüne Partei und die Linke Partei zusammengeschlossen hatten. Vor 2006 waren die Sozialdemokraten mit Unterstützung der Grünen und der Linken Partei als Minderheitsregierung an der Macht. Sie bildeten jedoch keine gemeinsame Regierung, teilweise auch deswegen, weil die Parteiprogramme der Grünen und Linken EU-Austrittsforderungen enthielten. Inzwischen hat sich die Grüne Partei von dieser unversöhnlichen Forderung zugunsten einer weicheren Form des Euroskeptizismus getrennt.<sup>3</sup> Bei den Wahlen 2010 traten die drei Parteien erstmals als Regierungsalternative an – mit einer Kompromissvereinbarung zur Europapolitik, deren gemeinsame Haltung gegenüber der EU weniger kritisch war als die Haltung der Grünen und Linken.<sup>4</sup> Die etablierten Parteien dieser beiden politischen Blöcke wurden von der rechtsgerichteten Anti-Einwanderungspartei – den

---

1 Übersetzt aus dem Englischen.

2 „Valets glömda fråga“, Dagens Nyheter, 17.09.2010.

3 Vgl. Taggart, Paul / Szczerbiak, Aleks: „The Party Politics of Euroskepticism in EU Member and Candidate States“, SEI Working Paper No. 51 / Opposing Europe Research Network Working Paper No. 6, 2002.

4 Johansson, Markus / Naurin, Daniel: Schweden, in: Werner Weidenfeld / Wolfgang Wessels (Hrsg.), Jahrbuch der Europäischen Integration 2010, Baden-Baden 2011.

Schwedendemokraten – herausgefordert. Die Schwedendemokraten, bisher nur auf regionaler und Gemeindeebene vertreten, standen vor dem Aufstieg auf nationale Ebene.

Jahrzehntelang wurde die schwedische Politik von den Sozialdemokraten maßgeblich geprägt, dies änderte sich erst mit den Wahlen 2006. Damals wurden sie vom Mitte-Rechts-Block herausgefordert, der schließlich die Wahlen gewann und die sozialdemokratische Regierung ablöste. Die Wahlen 2006 gelten als ernste Niederlage für die Sozialdemokratische Partei, die daraufhin durch eine Phase der Erneuerung ging und Mona Sahlin als neue Parteivorsitzende wählte.

Umfrageergebnissen Anfang 2010 nach standen die Chancen gut für die Rotgrünen, im Frühsommer wendete sich das Blatt jedoch zugunsten der Allianz für Schweden. Und dies trotz eines kleinen Skandals, durch den der Arbeitsminister nach einer mutmaßlichen Affäre mit einer Prostituierten zum Rücktritt gezwungen wurde. In den Wochen vor den Wahlen schnitten die Rotgrünen in den Umfragen wieder besser ab, bei den Wahlen gewann dann allerdings die Allianz die meisten Stimmen. Erstmals schafften es auch die Schwedendemokraten in den Reichstag (Riksdag). Ihnen ist es als erste neu gegründete Partei seit den frühen 1990er Jahren gelungen, in den Riksdag einzuziehen und das schwedische Parlament um eine weitere EU-skeptische Partei zu erweitern. Die Piraten-Partei, die in den Europawahlen 2009 7,1% der Stimmen erhielt, konnte bei den nationalen Wahlen 2011 nur 0,6% der Stimmen auf sich vereinen und erzielte damit keinen Sitz. Da die Allianz für Schweden über keine eigene Mehrheit im Parlament verfügte, war klar, dass es die Schwedendemokraten sein würden, die bei strittigen Fragen zwischen den politischen Bündnissen das letzte Wort haben würden.

Die Wahlergebnisse offenbarten den Abstieg der Sozialdemokratischen Partei, die ihr schlechtestes Wahlergebnis seit 1914 einfuhr. Stattdessen ist es der Moderaten Partei mit ihrem großen Wahlerfolg fast gelungen, die größte Partei im Riksdag zu werden. Die kleinen Parteien der Allianz für Schweden waren weniger erfolgreich und erhielten allesamt weniger Stimmen als zuvor. Dennoch ist es ihnen gelungen, in zwei aufeinanderfolgenden Sitzungsperioden in der Regierung zu bleiben – was in der Vergangenheit für nicht-sozialdemokratische Parteien ausgesprochen ungewöhnlich war. Die Wahlen können daher als Erfolg für die bürgerliche Regierung gewertet werden, auch wenn diese gezwungen waren, eine Minderheitenregierung zu bilden. Wählerstimmen hinzugewonnen haben neben den Schwedendemokraten auch die Grüne Partei, die nun durch ihren Stimmenzugewinn nach den Sozialdemokraten und den Moderaten die drittgrößte Partei im Parlament sind.

Auch wenn die Sozialdemokraten die größte Partei im Riksdag bleiben, so verloren sie doch Stimmenanteile – in Folge der nicht abreißen Kritik an der Parteiführung trat schließlich der Parteivorsitz zurück. Im März 2011 wählten die Sozialdemokraten Håkan Juholt auf ihrem Kongress als neuen Vorsitzenden. Eine unerwartete Wahl, schließlich gehörte Juholt nicht zum Parteivorstand und konnte, anders als andere Kandidaten, keine Erfahrung als Minister aufweisen. Er gilt als Vorsitzender, der die Partei eher links ausrichten wird, was – bezogen auf EU-Angelegenheiten – eine kritischere Haltung als bisher bedeuten könnte. Die Benennung von Juholt ging Hand in Hand mit einer Reihe weiterer Berufungen in der Sozialdemokratischen Partei, und es bleibt erst einmal abzuwarten, ob die Sozialdemokraten unter der neuen Parteiführung einen anderen Kurs – und wenn ja welchen – einschlagen werden als bisher. Ein Anzeichen, dass dies tatsächlich der Fall sein könnte, ist die Erklärung des neuen wirtschaftspolitischen Regierungssprechers, Tommy

Weidelich, in der er erklärte, dass Schweden zu seinen Lebzeiten den Euro nicht einführen würde.

Die meisten Parteien stellten ihre Parteispitze nach den Wahlen infrage, nicht aber die Moderate Partei, die Schwedendemokraten und die Liberale Partei. Bei den Grünen mussten zwei Sprecher – die für ihre Rolle bei dem positiven Wahlergebnis viel Lob erhielten – abgelöst werden, wie es die Satzung nach ihrer 9-jährigen Amtszeit vorsah. Die neue Parteispitze, bestehend aus Åsa Romson und Gustav Fridolin, wurde im Mai 2011 benannt und scheint die Haltung der Partei in Europafragen fortzuführen – also die EU-Mitgliedschaft grundsätzlich zu akzeptieren, gleichzeitig aber einem Übermaß an Integrationsbestrebungen kritisch gegenüberzustehen.<sup>5</sup> Die Vorsitzende der Zentrumspartei Maud Olofsson kündigte im Juni 2011 ihren Rücktritt an, ohne dass bisher ein Nachfolger benannt worden wäre. Auch die Vorstände der Linken Partei und der Christdemokraten standen auf dem Prüfstand, so wurde Lars Ohly, der an der Spitze der Linken steht, aus den eigenen Reihen herausgefordert. Im August 2011 entschied Ohly von seinen Ämtern zurückzutreten. Dies könnte sich ebenfalls auf die Ausrichtung der Europapolitik der Partei auswirken, je nachdem, wer ihm auf den Parteivorsitz folgen wird.

Die Situation im Riksdag, die sich aus den Wahlen ergab und zu einer Minderheitenregierung führte, ist in der schwedischen Politik nicht unbekannt. Für das Regierungsbündnis der Allianz für Schweden birgt diese allerdings einige Herausforderungen, insbesondere wenn es darum geht, Mehrheiten für ihre Gesetzesvorhaben einzuwerben. Alle anderen Parteien im Parlament haben es abgelehnt, aktiv mit den Schwedendemokraten zusammenzuarbeiten. Die Regierung verlässt sich stattdessen auf die Tatsache, dass ihre Initiativen in den meisten Fällen ohnehin von den Schwedendemokraten mitgetragen werden. Außerdem bemüht sie sich je nach Gesetzesvorhaben um eine Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten und den Grünen. Das zögerliche Vorgehen der Regierung, bereits im Vorfeld von Abstimmungen eindeutige Mehrheiten sicherzustellen, führte bei einer Reihe von Gelegenheiten dazu, dass sie Schwierigkeiten hatte ihre Gesetzesvorhaben durchzubringen. Sie verlor sogar eine Reihe von Abstimmungen im Riksdag.<sup>6</sup>

Die Mehrheitsverhältnisse im Riksdag könnten sich auch auf die Arbeit des Europaausschusses auswirken. Dort ist die Regierung ebenfalls gezwungen, für Zustimmung für ihre Verhandlungspositionen in der Europapolitik zu werben. Mit dem neuen Kräfteverhältnis im Parlament sieht sich das EU-freundliche Regierungsbündnis nun mit drei (von vier) Oppositionsparteien konfrontiert, die eine EU-skeptische Haltung vertreten. Bisher hat dies noch zu keinen grundlegenden Schwierigkeiten geführt. Seit den Wahlen ist es der Regierung in den meisten Fällen gelungen, im Europaausschuss des Riksdag ihre Positionen durchzusetzen. Grund dafür war das unkoordinierte Vorgehen der drei Oppositionsparteien im rotgrünen Bündnis und der Schwedendemokraten. Nichtsdestotrotz könnte sich diese Konstellation künftig negativ auswirken und die Handlungsfähigkeit der schwedischen Regierung in der Europapolitik empfindlich einschränken.

Die Allianzregierung betonte nach ihrem Wahlsieg 2006 ihre EU-freundliche Haltung und kündigte eine aktivere Europapolitik als die ihrer Vorgänger an. Nun zeigte sich

5 Beispielsweise Nises, Erik: Allt från knark till EU – så lika tänker MP:s nya språkrör, in: Aftonbladet, 22.05.2011.

6 Beispielsweise Owe Nilsson: SD stöder oftast regeringen, in: Sydsvenskan, 04.04.2011.

allerdings, dass sich der Regierungswechsel auf die Präsenz von Ministern im Rat der Europäischen Union nur minimal auswirkte.<sup>7</sup>

### **Europa auf der schwedischen Agenda**

Neben diesen innenpolitischen Debatten galt die Aufmerksamkeit der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise und der Krise der Eurozone. Schweden ist es in der Krise gelungen, vorausschauend zu agieren und weiterhin eine starke Wirtschaft aufrechtzuerhalten. Dennoch sorgten die beunruhigenden Nachrichten aus der Eurozone für eine umfangreiche Berichterstattung über die Entwicklungen in Portugal, Spanien und vor allem Griechenland, sowie über die intensiven EU-Verhandlungen zu den Rettungspaketen. Da Schweden kein Mitglied der Eurozone ist, wurde die schwedische Wirtschaft nicht sonderlich stark von der Krise in Mitleidenschaft gezogen. Vielmehr war sogar ein Wirtschaftswachstum zu verzeichnen. Diskutiert wurde, wie und in welchem Maß Schweden als Nicht-Teilnehmer in der Währungsunion zur Lösung der Krise der Eurozone beitragen kann und soll.

Ein ebenfalls wichtiges Thema, das die Weltpolitik in Atem hielt und nach Antworten aus Schweden und der Europäischen Union verlangte, waren die Entwicklungen und Revolutionen in der arabischen Welt im Frühjahr 2011. Die verhaltenen Reaktionen bei der Revolution in Tunesien holten sowohl die EU wie auch die Politik der schwedischen Regierung ein, ein Vorgehen, das sich bei den Aufständen in Ägypten und in der Libyenkrise wiederholte. Schließlich waren die Beziehungen mit den politischen Eliten dieser Länder nicht unproblematisch. Der schwedische Außenminister Carl Bildt wurde dafür kritisiert, dass er zu Beginn der Libyenkrise Stabilität betonte und nicht auf die Notwendigkeit von demokratischen Entwicklungen hinwies. Die kritischen Stimmen wurden schließlich verhaltener, als sich die Lage in Libyen verschärfte und militärische Aktionen gegen Libyen nur noch eine Frage der Zeit waren. Als schließlich die Entscheidung über eine schwedische Beteiligung an den Militäreinsätzen gefallen war, wurde diese als zu spät und zu begrenzt kritisiert. Die Regierung warb für eine breite Unterstützung des Militäreinsatzes bei der Opposition, musste allerdings Abstriche beim Umfang der Operation machen. Dieser Kompromiss war der Preis für die Zustimmung aller im Riksdag vertretenen Parteien, mit Ausnahme der Schwedendemokraten. Die schwedische Luftwaffe entsandte schließlich acht Maschinen zur Überwachung des Flugsverbots über Libyen. Die militärischen Ressourcen wurden von der Nordic Battle-Group bereitgestellt, die im ersten Halbjahr 2011 unter schwedischer Führung stand. Der neue Vorsitzende der Sozialdemokraten, Håkan Juholt, wurde für seine ambivalente Haltung gegenüber eines schwedischen Einsatzes in Libyen kritisiert, da er kurz nach Beginn der Operation begann, einen schwedischen Abzug zu fordern, eine Haltung, die er später mäßigte.

Eine weitere EU-Angelegenheit, die in Schweden für Aufmerksamkeit sorgte, war der Umgang mit der europäischen Romabevölkerung – insbesondere nach der Entscheidung Frankreichs, die dort ansässigen Roma in andere EU-Staaten abzuschicken und die so genannten Romalager im eigenen Land zu schließen. Frankreich wurde von ministerieller Seite kritisiert, obwohl bekannt war, dass Schweden ebenfalls in den Jahren zuvor in Schweden bettelnde Roma abgeschoben hatte. Vom schwedischen Einwanderungsminister

---

7 Johansson, Markus / Naurin, Daniel: Minister attendance in Brussels, Beitrag bei der jährlichen Konferenz des Swedish network for European studies in Uppsala, 22-23. März 2011.

wurde diese Politik öffentlich verteidigt. Dennoch wirkte es so, als ob sich die Regierung mit zweierlei Maß zu dieser Angelegenheit äußerte, da sich die Ministerien unterschiedlich zu den Abschiebungen positionierten.

### Die öffentliche Meinung in Schweden zu EU und Euro

Die Unterstützung in der Bevölkerung für die EU-Mitgliedschaft, die mit dem EU-Beitritt des Landes 1995 anstieg, betrug auch weiterhin konstant über 50%. Im Herbst 2010 war mit 53-55% EU-Befürwortern in den Umfrageergebnissen – je nach Umfrageinstitut – ein kleiner Anstieg bei den Zustimmungswerten zu beobachten.<sup>8</sup> Diese Zahlen stimmen in etwa auch mit den Zahlen der Eurobarometer-Umfragen aus dem November 2010 überein, laut denen 55% der Schweden die Meinung vertreten, dass die EU-Mitgliedschaft vorteilhaft für ihr Land ist.<sup>9</sup> Die Umfrageergebnisse für das Frühjahr 2011 verzeichnen hingegen wieder einen kleinen Abschwung bei den Zustimmungswerten, demnach sank zwischen November 2010 und Mai 2011 die Zahl der EU-Befürworter von 55 auf 52%.<sup>10</sup> Diese Schwankungen sind nicht weiter überraschend und haben sich seit dem EU-Beitritt Schwedens – mit einer Ausnahme – in den kommenden Umfragen stets ausgeglichen.

Im Vergleich zu anderen EU-Mitgliedstaaten fällt das Urteil über die EU-Mitgliedschaft in der schwedischen Öffentlichkeit heute insgesamt positiver aus.<sup>11</sup> Vor ein paar Jahren überwog noch eine skeptische Haltung gegenüber der EU-Mitgliedschaft Schwedens. Betrachtet man diese Entwicklung näher, so zeigt sich, dass die kategorische Ablehnung der EU-Mitgliedschaft von einer grundlegenden Zustimmung zur Mitgliedschaft abgelöst wurde – allerdings mit einer zurückhaltenden Haltung gegenüber weiteren Integrationsritten.<sup>12</sup> Hier hat sich offensichtlich ein Aussöhnungsprozess mit dem EU-Beitritt vollzogen, während die grundsätzliche Skepsis gegenüber einer weiteren Vertiefung des Integrationsprozesses fortbesteht.

Die Zustimmung zur schwedischen EU-Mitgliedschaft bleibt weiterhin hoch, verhältnismäßig unbeeinflusst von Weltwirtschaftskrise und Eurokrise. Ganz anders die Unterstützung eines künftigen Beitritts zum Euro, die rapide abnahm. Bereits seit dem negativen Referendum in Schweden über einen möglichen Beitritt zur Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) 2003, war die Stimmung in der Bevölkerung stets eindeutig gegen eine Euro-Einführung. Und dennoch sprachen sich 2009 zum ersten Mal nach dem Referendum in Umfragen mehr Schweden für eine Euro-Einführung statt für die Beibehaltung der Schwedischen Krone aus. Diese hohen Zustimmungswerte zur WWU sanken nach 2009 jedoch stark. Im Mai 2011 sprachen sich nur 24% der Schweden für einen Beitritt zur WWU aus.<sup>13</sup> Dies könnte, so wird vermutet, mit der guten Wirtschaftslage in Schweden zusammenhängen – und natürlich der Wirtschafts- und Finanzkrise in

8 Holmberg, Sören: Opinionsstödet för EU fortsätter att öka, Europapolitisk analys, SIEPS: 4epa, 2011; Pressemitteilung des Schwedischen Statistikamts (SCB): Klart minskat stöd för Euron, 15.06.2011, [http://www.scb.se/Pages/PressRelease\\_316352.aspx](http://www.scb.se/Pages/PressRelease_316352.aspx).

9 Standard Eurobarometer 74.

10 Pressemitteilung des Schwedischen Statistikamts (SCB): Klart minskat stöd för Euron, 15.06.2011, [http://www.scb.se/Pages/PressRelease\\_316352.aspx](http://www.scb.se/Pages/PressRelease_316352.aspx).

11 Standard Eurobarometer 74.

12 Ekman, Joakim / Linde, Jonas: Den motvillige europén?, in: Henrik Oscarsson / Sören Holmberg (Hrsg.), *Väljarbeteende i Europaval*, Göteborg 2010.

13 Holmberg, Sören: „Opinionsstödet för EU fortsätter att öka“, Europapolitisk analys, SIEPS: 4epa; Statistics Sweden, SCB, 2011. Pressmeddelande: Klart minskat stöd för Euron, 15.06.2011.

der Europäischen Union.<sup>14</sup> Die Haltung der Schweden zur WWU scheint in diesem Fall eindeutig ökonomisch motiviert zu sein.<sup>15</sup>

### **Weiterführende Literatur**

Ekman, Joakim / Linde, Jonas: Den motvillige europén?, in: Henrik Oscarsson / Sören Holmberg (Hrsg.), Väljarbeteende i Europaval. Göteborg 2010.

Johansson, Markus / Naurin, Daniel: Minister attendance in Brussels, Beitrag bei der jährlichen Konferenz des Swedish network for European studies in Uppsala, 22-23. März 2011.

Vgl. die Studien und Berichte des Swedish Institute for European Policy Studies, [www.sieps.se](http://www.sieps.se).

---

14 Holmberg, Sören: Opinionsstödet för EU fortsätter att öka, Europapolitisk analys, SIEPS: 4epa, 2011.

15 Berg, Linda: Den monetära unionen och välfärdsopinioner i Europa, in: Ulf Bernitz / Lars Oxelheim / Thomas Persson (Hrsg.), Överlever EMU utan fiskal union? Stockholm 2011.